

DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

AUS ERSTER HAND

EINE GEMEINSAME PUBLIKATION des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

EDITORIAL

Politische Implikationen

Diese Ausgabe der Demografischen Forschung aus Erster Hand zeigt einmal wieder, wie groß das Forschungsfeld der Demografie ist: Es geht um Geburtenverhalten, die Gesundheit von Kindern und um einen noch nicht so bekannten Indikator, der Aussagen darüber erlaubt, wie gesund eine Bevölkerung ist. Gemein ist allen Beiträgen – auch das ist typisch für das Umfeld, in dem Demograf*innen arbeiten –, dass sie allesamt direkte oder indirekte politische Implikationen haben.

Der erste Beitrag widmet sich einer Veröffentlichung von Mathias Hübener vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Er ist der Frage nachgegangen, wie ein sozioökonomischer Faktor über Generationen hinweg wirkt. In seiner Forschung konnte er zeigen, dass die Bildung der Eltern sich unmittelbar auf die Gesundheit der Kinder auswirkt.

Im Beitrag über eine Publikation von Steffen Peters vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung geht es um die Folgen des zweiten demografischen Übergangs: Wenn Selbstverwirklichung, persönliche Freiheiten und Selbsterfüllung die Entscheidung für oder gegen Kinder beeinflussen, dann liegt es nahe, dass auch Persönlichkeitsmerkmale eine Rolle bei der Entscheidung spielen können. Die Studie von Steffen Peters kommt zu dem Erkenntnis, dass vor allem das Persönlichkeitsmerkmal „Empathie“ sich auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, Kinder zu bekommen.

Dem dritten Beitrag liegt eine Forschungsarbeit zugrunde, die im Wissenschaftsmagazin „Science Advanced“ erschienen ist. Für diesen Beitrag haben Vanessa di Lego vom Vienna Institute of Demography und Kolleg*innen untersucht, inwieweit Gewalt sich auf die Lebensunsicherheit, einem Indikator für die Gesundheit einer Bevölkerung, auswirkt. Ihre Ergebnisse zeigen, wie unterschiedlich die Lebensunsicherheit in den verschiedenen Ländern dieser Welt ist. Diese Erkenntnisse sind erschütternd, wenn man weiß, dass sich dies auf viele langfristige Entscheidungen auswirkt, wie zum Beispiel die Entscheidung, ob und wie viel Menschen in Bildung investieren.

≡ Roland Rau
 ≡ Universität Rostock

BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BiB)

Bildung und Gesundheit

Wie lange die Mutter eine Schule besucht hat, entscheidet mit über die Gesundheit ihrer Kinder

Sozioökonomisch benachteiligte Kinder sind weniger gesund. Eine neue Studie hat nun das Augenmerk auf den Faktor „Bildung“ gelegt und festgestellt, dass dieser über die Generationen hinweg einen großen Einfluss auf die Gesundheit der Kinder hat.

Dass der sozioökonomische Faktor „Armut“ negativ mit der Gesundheit zusammenhängt, ist viel untersucht worden. Kinder, die in Armut aufwachsen, sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt, unter anderem auch gesundheitlich. Sie kommen eher zu früh und mit geringerem Geburtsgewicht auf die Welt als Kinder aus besser gestellten Familien. Bei der Einschulung sind sie im Schnitt weniger schulreif, sie fangen früher und häufiger an zu rauchen. Im Erwachsenenalter erkranken sie häufiger an Asthma, Lungenkrebs, Bluthochdruck, Diabetes und Allergien. Außerdem haben Menschen, die in sozioökonomisch schwächere Familien geboren werden, eine geringere Lebenserwartung. Weniger weiß man aber darüber, ob einer der wichtigsten Faktoren zum Beschreiben des sozioökonomischen Familienhintergrunds, nämlich die Bildung der Eltern, auch einen kausalen Effekt auf die Gesundheit der Kinder hat. Einen dieser möglichen Effekte hat Mathias Hübener vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung unter die Lupe genommen. In seiner Studie, die im Fachmagazin „Journal of Human Resources“ erschienen ist, hat er untersucht, welchen kausalen Effekt die elterliche Bildung auf die Gesundheit ihrer Kinder im Kindes- und im Erwachsenenalter hat. Diese Perspektive ist neu, bisherige Studien hatten meist den Fokus auf die direkte Wirkung von

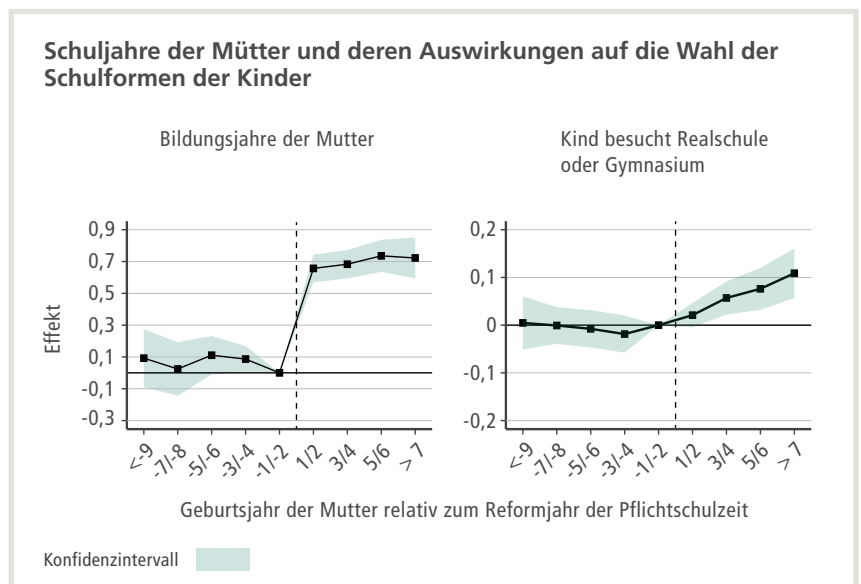


Abb. 1: Der linke Teil der Abbildung zeigt die Wirkung der Schulreform auf die Bildungsjahre der Mütter: Nach Einführung des 9. Pflichtschuljahres besuchten die betroffenen Jahrgänge (hier werden nur die Daten der Mütter abgebildet) tatsächlich länger die Schule. Diese Reform wirkt sich auch auf die Schullaufbahn der Kinder aus, die häufiger Realschulen oder Gymnasien besuchten. Auf der X-Achse ist das Geburtsjahr der Mütter relativ zum Reformjahr (gestrichelte Linie) der Pflichtschulzeit abgebildet.

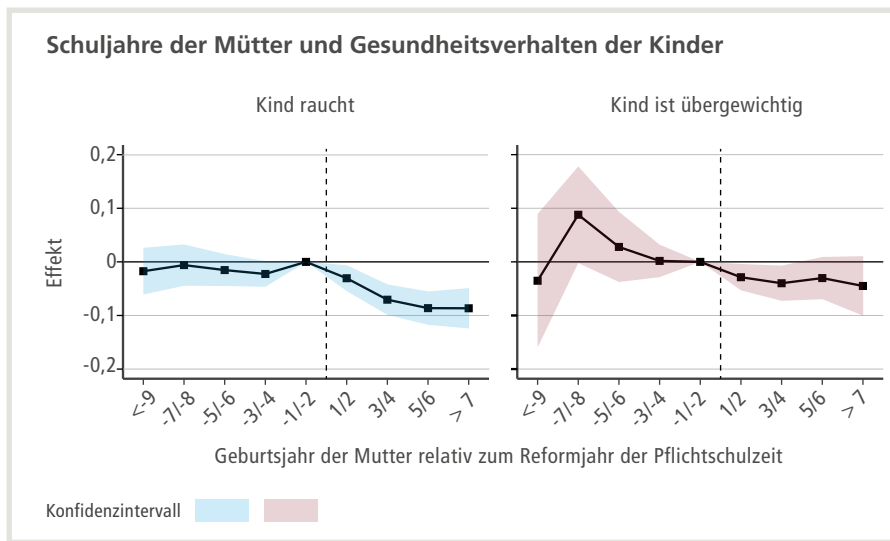


Abb. 2: Die Zahl der Jahre, die Mütter in der Schule verbringen, wirkt sich positiv auf das Gesundheitsverhalten der Kinder aus. Auf der X-Achse ist das Geburtsjahr der Mütter relativ zum Reformjahr (gestrichelte Linie) der Pflichtschulzeit abgebildet.

Bildung auf die betroffenen Personen, nicht aber auf die Gesundheit ihrer Kinder. Der Einfluss der elterlichen Bildung auf die Gesundheit der Kinder wurde bisher auch deswegen wenig untersucht, weil es schwierig ist, viele störende Faktoren, die mit Bildung zusammenhängen, glaubwürdig auszuschließen und den Fokus allein auf den Bildungsstand der Eltern zu legen.

Für die Studie untersuchte der Forscher zwei wichtige Gesundheitsindikatoren, nämlich das Rauchverhalten und das Übergewicht. Rauchen gilt allgemein als erheblicher Risikofaktor für die Gesundheit im Lebensverlauf und Übergewicht ist ein Indikator für andere ungesunde Lebensweisen, beispielsweise qualitativ schlechtes Essen und wenig Bewegung. Beide Faktoren sind auch starke Prädiktoren für zukünftige Gesundheitsprobleme und chronische Krankheiten, etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Krebs, und damit ganz entscheidende gesundheitliche Risikofaktoren. Ziel der Studie war es, herauszufinden, inwieweit diese beiden Maße von dem Bildungs-

niveau der Eltern beeinflusst werden.

Um nur den Einfluss der Bildung der Eltern zu isolieren, nutzte Mathias Hübener einen besonderen Kniff: Er betrachtete Kinder von Eltern, die von einer Schulreform betroffen waren, die in Deutschland in den Jahren 1949 bis 1969 nach und nach in den einzelnen Bundesländern in Westdeutschland umgesetzt wurde. Bei dieser Reform wurde die Schulpflicht von acht auf neun Jahre erhöht. Die Reform betraf in erster Linie die Schüler*innen der Volks- beziehungsweise Hauptschulen, da Realschulen und Gymnasien auch damals schon längere Ausbildungszeiten bis zum Schulabschluss vorsahen. Gründe für die Reformen waren zunächst die hohe Jugendarbeitslosigkeit und wenig Ausbildungsplätze. Später erhoffte man sich von den Reformen, die Schulabgänger*innen besser für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Den Startschuss für die Reformen gab 1949 Hamburg. Mit dem Hamburger Abkommen von 1964 einigten sich dann alle Bundesländer auf die Mindestzahl von neun Schuljahren. Die Daten für die Studie lieferte

zum einen der Mikrozensus, eine repräsentative Umfrage, die jeden hundertsten Haushalt umfasst. Weiterhin wurden Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) verwendet, die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie in Deutschland. Der Wissenschaftler untersuchte den Effekt der Bildung beider Eltern. Dabei stellte er zunächst fest, dass ein weiteres Jahr mehr Bildung der Mutter einen Effekt auf die Bildung der Kinder hat: Die Kinder besuchten häufiger ein Gymnasium oder eine Realschule (siehe Abb. 1). Weiterhin zeigt sich ein deutlicher Effekt auf die Gesundheit der Kinder: Ein weiteres Jahr mehr Bildung der Mutter reduzierte die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder mit dem Rauchen anfangen, um 17 Prozent und die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder übergewichtig sind, um 21 Prozent (siehe Abb. 2). Diese Effekte blieben außerdem bis ins Erwachsenenalter bestehen. Sie ließen sich nur für Mütter nachweisen, nicht aber für die Väter (Ergebnisse für die Väter sind nicht dargestellt), was Mathias Hübener darauf zurückführt, dass Mütter in den betrachteten Kohorten eine größere Rolle in der Erziehung spielen.

In einem weiteren Schritt hat der Forscher dann untersucht, wie dieser Effekt zustande kommt. Eine wesentliche Erklärung könnte darin bestehen, dass Kinder bessere Schulformen besuchen. Daten des Mikrozensus zeigen, dass Kinder in Realschulen oder Gymnasien um 46 Prozent seltener rauchen, um 50 Prozent seltener übergewichtig sind und 2,6-mal häufiger Eltern mit Hochschulzugangsberechtigung haben als Kinder, die eine Hauptschule besuchen. Daher könnten alle Auswirkungen auf die Schullaufbahn von Kindern Veränderungen in ihrer Peer-Umgebung im Jugendalter implizieren. Und tatsächlich zeigt sich, dass diese Kinder in einer besseren Schulumgebung aufwachsen, in der Mitschüler*innen selbst seltener rauchen oder übergewichtig sind (siehe Abb. 3).

Als weitere Faktoren, die zwar jeder für sich nicht signifikant sind, aber in der Summe trotzdem einen positiven Effekt haben könnten, nennt der Wissenschaftler eine Wirkung der elterlichen Bildung auf das Familieneinkommen, die Stabilität der Familie, Fertilitätsentscheidungen und Entscheidungen über die Verteilung von Ressourcen innerhalb der Familie.

Die Ergebnisse zeigen also, dass der sozioökonomische Hintergrund das Gesundheitsverhalten und die Gesundheit von Kindern unmittelbar beeinflusst. Die Studie trägt damit dazu bei, besser zu verstehen, wie sich sozioökonomische Faktoren über Generationen hinweg auswirken. Vergleichbare Studien zum generationenübergreifenden Einfluss von Bildung auf die Gesundheit von Kindern hat es bisher wenige gegeben. Die Studie legt damit nahe, dass die Wirkung von Bildung noch viel größer ist, als bisher angenommen wurde, wenn auch intergenerationale Effekte berücksichtigt werden.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:
Mathias Hübener
Kontakt: ✉ Mathias.Huebener@bib.bund.de

LITERATUR

Huebener, M.: The effects of education on health: an intergenerational perspective. The Journal of Human Resources [First published online: 10 November 2022]. DOI: 10.3368/jhr.0219-10060R2

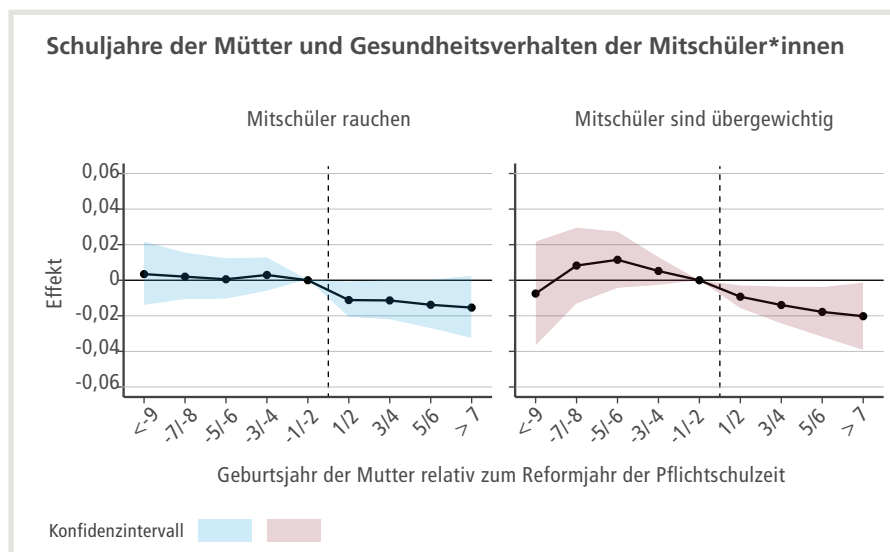


Abb. 3: Da Kinder von Müttern, die länger die Schule besuchen, eher Realschulen und Gymnasien besuchen, weisen auch ihre Mitschüler*innen eher ein besseres Gesundheitsverhalten auf – was wiederum die Wirkung auf das eigene Gesundheitsverhalten der Kinder erklären kann. Auf der X-Achse ist das Geburtsjahr der Mütter relativ zum Reformjahr (gestrichelte Linie) der Pflichtschulzeit abgebildet.

Persönlichkeitsmerkmale und die Wahrscheinlichkeit, Kinder zu bekommen

Selbstverwirklichung, persönliche Freiheiten und Selbsterfüllung tragen zum Geburtenverhalten bei

Persönlichkeitsmerkmale wie Empathie oder Extrovertiertheit wirken sich auf die Wahrscheinlichkeit aus, sich für eine Elternschaft zu entscheiden.

Eine Vielzahl an Faktoren gesellschaftlicher, kultureller und politischer Natur haben Einfluss darauf, wie wahrscheinlich es ist, dass Menschen Kinder bekommen. Das alleine macht die Forschung dazu, ob und unter welchen Umständen sich Menschen für das Kinderkriegen entscheiden, nicht einfach. Hinzu kommt die Theorie des zweiten demografischen Übergangs. Laut dieser Theorie ist der demografische Wandel, der seit Mitte der 1950er-Jahre in vielen Industriestaaten zu beobachten ist, unter anderem auf einen Wertewandel hin zu postmaterialistischen und individualistischen Werten zurückzuführen. Oder anders gesagt: Dinge wie Selbstverwirklichung, persönliche Freiheiten und Selbsterfüllung tragen zum Geburtenverhalten bei. Das wiederum hat Folgen: Wenn Menschen individueller entscheiden, ob sie Kinder haben wollen, kann man vermuten, dass auch Persönlichkeitsmerkmale eine Rolle bei der Entscheidung spielen.

Genau diese Hypothese ist Ausgangslage des Forschungsvorhabens von Steffen Peters vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Für eine Studie, die in der Fachzeitschrift „Genus“ erschienen ist, hat er das sogenannte Five-Factor-Model genutzt, das sich dazu eignet, die Persönlichkeitsmerkmale Empathie, Gewissenhaftigkeit, Extrovertiertheit, Neurotizismus und Aufgeschlossenheit zu messen. Dieses Modell wendete er auf Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), eine der größten repräsentativen Haushaltsbefragungen in Deutschland, an.

Steffen Peters stellte fest, dass es einen leicht positiven Zusammenhang zwischen dem Persönlichkeitsmerkmal „Empathie“ und der Wahrscheinlichkeit, ein Kind zu bekommen, gibt (siehe Abb. 1). Die Merkmale „Gewissenhaftigkeit“ und „Neurotizismus“ hingegen sind gar nicht mit der Wahrscheinlichkeit, ein Kind zu bekommen, assoziiert.

Die deutlichste Korrelation stellte er aber bei der Extrovertiertheit fest: Bei Männern war dieses Merkmal tendenziell positiv mit der ersten Geburt verbunden, jedoch deutlich negativ mit der Geburt des zweiten Kindes (siehe Abb. 2). Entgegen seiner Erwartung konnte der Forscher bei Frauen hingegen überhaupt keinen Zusammenhang zwischen Extrovertiertheit und der Wahrscheinlichkeit, ein erstes oder zweites Kind zu bekommen, erkennen. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu Ergebnissen anderer

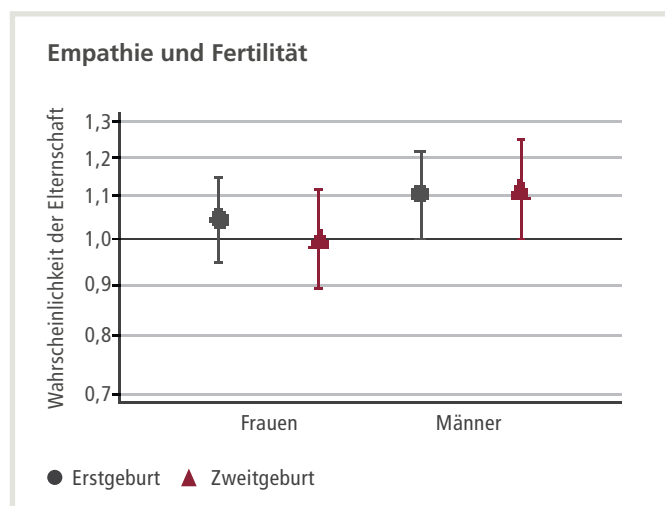


Abb. 1: Bei Männern, die das Persönlichkeitsmerkmal „Empathie“ aufweisen, ist die Wahrscheinlichkeit größer, ein erstes Kind zu bekommen.

Extrovertiertheit und Fertilität

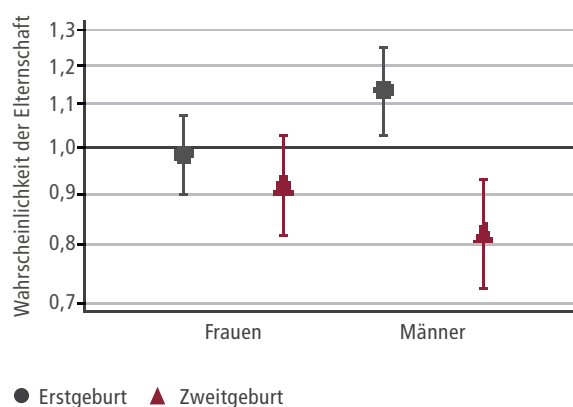


Abb. 2: Das Persönlichkeitsmerkmal „Extrovertiertheit“ wirkt sich vor allem bei Männern positiv auf die Wahrscheinlichkeit aus, ein erstes Kind zu bekommen - aber negativ auf die Wahrscheinlichkeit, ein zweites Kind zu bekommen.

Studien, die diesen Zusammenhang sowohl für Männer als auch für Frauen herstellen.

In seinem Beitrag stellt Steffen Peters einige Überlegungen an, die zeigen, wie komplex der Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und der Wahrscheinlichkeit, ein erstes oder zweites Kind zu bekommen, sein kann: Da extrovertierte Personen per Definition kontaktfreudig sind, haben sie möglicherweise höhere Chancen, einen potenziellen Partner zu treffen, was wiederum ihre Chancen auf eine Elternschaft verbessern kann. Da die Geburt eines Kindes jedoch das soziale Leben der Eltern stark einschränkt, erleben extrovertierte Menschen, die Eltern werden, möglicherweise einen neuen Lebensabschnitt, der nicht mehr ihren persönlichen Vorlieben entspricht. Soziale Aktivitäten mit Freund*innen sind für Eltern eher begrenzt und sie verwenden ihre verfügbare Zeit eher für die Kinderbetreuung. Diese soziale Isolation kann insbesondere bei extrovertierten Menschen zu Unzufriedenheit führen, die wiederum bewirken kann, dass sie auf ein weiteres Kind verzichten. Ebenfalls zu berücksichtigen sei die Tatsache, dass es im Verlauf des Lebens zu Persönlichkeitsveränderungen kommen kann, so der Forscher. So könnte zum Beispiel die Geburt eines ersten Kindes einen größeren Einschnitt im Leben bedeuten und demnach mit Veränderungen in den Persönlichkeitsmerkmalen einhergehen, während sich beim zweiten Kind schon Routinen im Tagesablauf eingespielt haben und die Geburt weniger massive Auswirkungen auf die Persönlichkeitsmerkmale hat.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner: Steffen Peters
 Kontakt: ✉ Peters@demogr.mpg.de

LITERATUR

Peters, S.: The prospective power of personality for childbearing: a longitudinal study based on data from Germany. *Genus* 79(2023)6, 1–40.
 DOI: 10.1186/s41118-023-00184-y

Gewalt und Lebensunsicherheit

Lebensunsicherheit ist ein wichtiger Indikator für die Gesundheit einer Bevölkerung

Menschen, die in einem Land wohnen, in dem Gewalt herrscht, leben im Schnitt nicht nur kürzer, sondern ihr Leben ist auch weniger vorhersehbar. Das hat weitreichende Folgen, so das Ergebnis einer aktuellen Studie.

Unsicherheit über die Zukunft, insbesondere über das Überleben, ist ein grundlegendes Merkmal des menschlichen Lebens. Es beeinflusst unser Verhalten und wirkt sich auf viele langfristige Entscheidungen aus. Zum Beispiel auf die Entscheidung, ob und wie viel Menschen in Bildung investieren, ob sie sich für einen gesunden Lebensstil entscheiden und sogar ob und wann sie Kinder bekommen. Demograf*innen nennen diese Unsicherheit „Lebensunsicherheit“. Diese ist ein wichtiger Indikator für die Gesundheit einer Bevölkerung. Trotzdem ist die Lebensunsicherheit als Indikator weit weniger geläufig als beispielsweise die Lebenserwartung. Die entscheidende Metrik für die Lebensunsicherheit ist die Streuung des Sterbealters. Ein Forschungsteam, zu dem auch die Demografin Vanessa di Lego vom Vienna Institute of Demography gehört, geht nun in einem aktuellen Fachartikel der Frage nach, wie sich der Faktor „Gewalt“ auf die Lebensunsicherheit auswirkt. Weltweit sei die Lebensunsicherheit zwar zurückgegangen, so die Autor*innen, sie variere jedoch erheblich zwischen einzelnen Ländern. Die Hypothese der Forscher*innen: Gewalt ist ein wichtiger Prädiktor

für Lebensunsicherheit – und zwar nicht nur, weil damit das Risiko eines vorzeitigen Todes einhergeht, sondern auch, weil ein höheres Maß an Lebensunsicherheit dazu führt, dass sich Menschen auf gewalttätiges Verhalten einlassen, wodurch ein Teufelskreis entsteht, der nur schwer zu durchbrechen ist.

Für ihre Untersuchungen nutzten die Forscher*innen Sterblichkeitsdaten aus der sogenannten „Global Burden of Disease“-Studie, die weltweit Daten zu 135 Krankheiten und Behinderungen sammelt, um anhand dieser Daten weltweit die Ursachen für Sterblichkeit und Krankheiten untersuchen zu können. Um das Ausmaß der Gewalt in einem Land zu quantifizieren und von Kriegen und anderen außenpolitischen Konflikten abzugrenzen, erstellten die Forscher*innen außerdem einen „länderspezifischen Friedensindikator“, den sie vom Global Peace Index (GPI) ableiteten.

Sie fanden heraus, dass es im untersuchten Zeitraum von 2008 bis 2017 in allen Ländern eine starke Korrelation zwischen Gewalt und der Lebensunsicherheit gab, wobei die Korrelation bei den Männern stärker ausfiel als bei den Frauen. Wie zu erwarten, fanden die Forscher*innen heraus, dass es in den meisten europäischen Ländern relativ wenig Gewalt gibt und die Lebensunsicherheit klein ist. Die Vereinigten Staaten stechen unter den G7-Staaten sowohl durch ihr höheres Maß an Gewalt als auch durch ihre hohe lebenslange Unsicherheit hervor. Im Gegensatz dazu weisen die Regionen Naher Osten und Nordafrika sowie Lateinamerika den geringsten inneren Frieden auf. In diesen Regionen herrschen die höchsten Gewalttraten und die größte Lebensunsicherheit. Syrien war von 2013 bis 2017 das Land mit der meisten Gewalt der Welt.

Um den Zusammenhang zwischen Gewalt und Lebensunsicherheit direkter beurteilen zu können, nahmen die Forscher*innen einen weiteren Faktor hinzu, nämlich den Human Development Index, ein viel genutzter Indikator, der das Entwicklungsmaß eines Landes beschreibt. Unter Berücksichtigung dieses Faktors schauten sie sich an, welchen Zusammenhang es zwischen der Lebensunsicherheit und dem GPI gab. Sie fanden heraus, dass dieser Zusammenhang immer statistisch signifikant war, außer für Subsahara-Afrika. Dies deutet darauf hin, dass Gewalt in Afrika südlich der Sahara weniger Einfluss auf die Lebensunsicherheit hat, so die Forscher*innen. Dort könnten andere Faktoren, zum Beispiel übertragbare Krankheiten wie HIV/Aids, zu hohen Sterblichkeitsraten und demnach größerer Lebensunsicherheit beitragen. Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis der Studie ist, dass Gewalt noch stärker mit der Lebensunsicherheit korreliert als mit der Lebenserwartung. Dies weist darauf hin, dass die Auswirkungen von Gewalt stark in den Ungleichheiten im Sterbealter erfasst werden, und ist ein weiterer Beweis dafür, dass Lebenserwartung und Lebensunsicherheit nicht immer miteinander einhergehen. Wichtige Veränderungen in den Sterblichkeitsmustern können daher übersehen werden, wenn man das Augenmerk nur auf die Lebenserwartung richtet, so das Fazit der Wissenschaftler*innen.

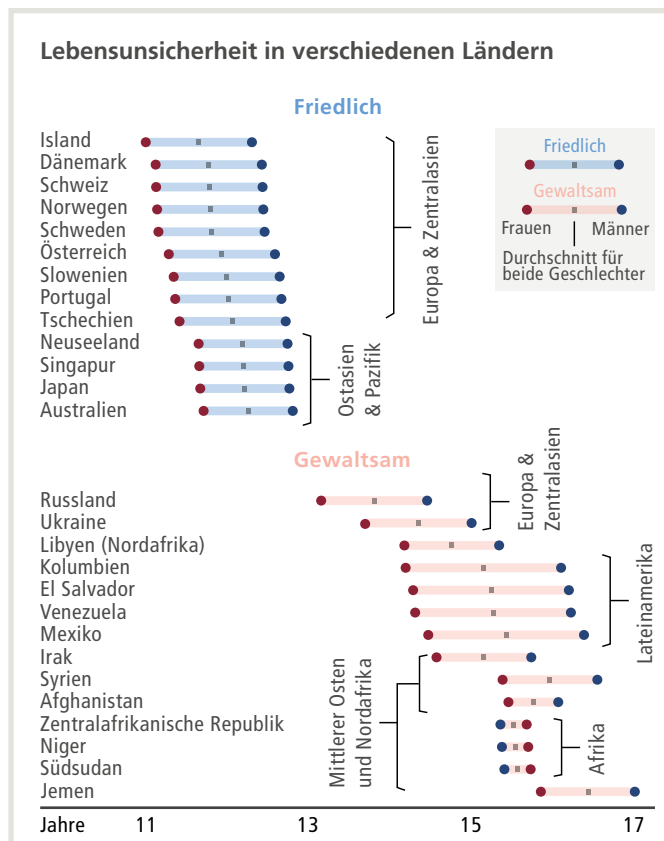


Abb. 1: Prognostizierte Lebensunsicherheit in Jahren, geordnet von der niedrigsten zur höchsten Lebensunsicherheit in den friedlichsten Ländern und in den Ländern, in denen die meiste Gewalt herrscht. Quelle: Global Burden of Disease Study, GPI, HDI, eigene Berechnungen.

Wissenschaftliche Ansprechpartnerin: Vanessa di Lego
 Kontakt: ✉ Vanessa.diLego@oew.ac.at

LITERATUR

Aburto, J. M., V. di Lego, T. Riffe, R. Kashyap, A. van Raalte and O. Torris: A global assessment of the impact of violence on lifetime uncertainty. Science Advances 9(2023)5, 1–10. DOI: 10.1126/sciadv.add9038